

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von B. Franke & Co., Magdeburg. Druck von Franz Pfeiffer, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Er. Wittmannstraße 3, Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Postgebühren) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 Mk. zzgl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Inzerationsgebühr: die sechsgepaarte Zeile 16 Pf. Vollzeitsatz für Seite 376.

Nr. 222.

Magdeburg, Freitag den 22. September 1905.

16. Jahrgang.

Sozialdemokratischer Parteitag.

G. Jena, 20. September.

Dritter Tag, Vormittag.

Kurz nach 9 Uhr eröffnet der Vors. Deber die Sitzung und gibt Singer das Wort zur Mitteilung des

Essener Reichstagswahlergebnisses.

Ich bin einig mit dem Parteitag und der Partei im Lande, sagt Singer, den Essener Genossen für ihre mühe- und eifervolle, rastlose Arbeit zu danken. Für ihren glänzenden Erfolg muß die Partei den Essener Genossen den wärmsten Dank und die herzlichste Anerkennung aussprechen. (Zustimmung.) In einem Wahlkreis, in den das Zentrum noch am letzten Sonntag 200 Klapsläne jandte, ist diese Zunahme ein glänzender Sieg, wie wir ihn uns schöner nicht wünschen können. Das Beispiel der wackeren Essener Genossen wird den andern Kreisen ein Ansporn sein. In einer Zeit wie der jetzigen, wo die bürgerlichen Parteien ängstlich auf jeden Stimmeneingang der Sozialdemokratie warten und hoffen, daß die Sozialdemokratie ins Schwanken kommt, ist der Essener Sieg mehr wie eine gewonnene Schlacht. Er zeigt, daß die Sozialdemokratie fest entschlossen ist, nicht nur am Ertrugenen festzuhalten, sondern weiter zu schreiten von Sieg zu Sieg, unter dem alten proletarischen Kampfruf, unter dem alten revolutionären Ziel, die bürgerliche Gesellschaft zu überwinden. Wir danken den Essener Genossen, daß sie die Ehre der Partei nach allen Richtungen hin gewahrt haben. Sie gehen jetzt in den Stichwahlkampf, an der Hilfe der Partei soll es ihnen nicht fehlen. (Lebhafte Beifall.)

Der Parteitag tritt in seine Tagesordnung ein. Zur Diskussion über den parlamentarischen Bericht erhält zunächst das Wort

Krüger - Dresden:

Er anerkennt die bisherigen Leistungen der Fraktion, das Militärstrafrecht zu reformieren. Doch sei noch immer traurige Ungerechtigkeit vorhanden, wie, um nur einen Fall zu nennen, das Altonaer Kriegesgerichtsurteil beweist. Das Volk aber ergehe nicht seine Söhne, damit sie hohen Menschen zum Opfer fallen und bis aufs Blut gepöbelt werden. Der Antrag Dresden weise mit Recht die Fraktion auf erneute Tätigkeit auf diesem Gebiete hin.

Graf - Hanau hält den Tadel der Hanauer Organisation gegen die Reichstagsfraktion anrecht, weil bei der Handelsvertragsabstimmung 28 Abgeordnete, darunter 7 in Berlin anwesende, gefehlt hätten. Das sei einfach ein Skandal.

Abler - Kiel:

tadelte die Fraktion, weil sie es an selbständigem Vorgehen zum Schutze der in Nordfriesland wohnenden Dänen habe fehlen lassen. Wilhelm 2. habe beim vorletzten Besuch in Kopenhagen in einer Tischrede das Lied zitiert: „König Christian stand am hohen Meer.“ In Nordfriesland werde man dafür bestraft. (Heiterkeit.) Redner erinnert zur Charakterisierung der Dänerverfolgungen an die Präzedenzfrage und die unläuterlichen Mittel der Germanisatoren Pastor Jakobson in Scharbech und des Amtsvorstehers Winter von Adersbüchel. Den Höhepunkt der gesamten Aktion bilde der Prozeß Zimmernann gegen die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“. Das Oberlandesgericht habe Zimmernanns Vater für einen Deutschen erklärt, Zimmernanns Sohn für einen Dänen, weil sein Vater ein Täne sei. (Heiterkeit.) Als Zimmernann jetzt vom Rechtsanwalt als Zeuge geladen worden sei, hätten ihn von der Grenze bis zur Tür des Gerichtssaales Geheimpolizisten umgeben, um ihn vor der Aussage wegen Vagabundage zu verhaften. Als er trotzdem im Gerichtssaal erschienen sei, habe ihn erstaunt der Staatsanwalt gefragt: Wann, wo kommen Sie denn her? (Heiterkeit.) Es handle sich in diesen Fragen nicht um Nationalismus statt Massenlawe, sondern um das von uns programmäßig festgelegte Selbstbestimmungsrecht der Völker. (Lebhafte Beifall.)

Bernstein:

beurteilt den von ihm eingebrachten Antrag, der folgenden Wortlaut hat:

Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf die nicht ausreichende Behandlung des deutschen Reichstags durch die Reichsregierung, wie sie ihm in neuerer Zeit immer deutlicher zeigt und insbesondere bei Fragen der auswärtigen Politik, wie der Marokko-Frage und die Stellungnahme zum russisch-japanischen Konflikt, jetzt wieder mit all ihren Schäden und Gefahrenutage getreten ist.

Der Parteitag verurteilt diese nicht ausreichende Behandlung der gewählten Vertreter des Deutschen Reichs auf das Schärfste, indem er zugleich betont, daß sie nur die naturgemäße Folge der schwächlichen Haltung für alle nichtsozialistischen Parteien im Reichstag ist, die damit die Hauptverantwortung für die Rückkehr zum persönlichen Regiment im Deutschen Reich tragen.

Im Lande und Auslande sei der Mangel an Kenntnis des Reichstags noch viel zu wenig bekannt. Daher rufe die Unklarheit der Fraktion im Reichstag z. B. anlässlich der Marokko-Frage vielfach große Mißverständnisse und Enttäuschung hervor. Aber die Geschäftsordnung des Reichstags biete kein Mittel, die Minister zur Rede zu stellen. Die Rechte des Reichstags seien unter Ober-Balkencom. dem gefährlichen Verfall über die Rechte des Reichstags, noch vergrößert worden. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Bender - Magdeburg:

tritt für den Antrag auf Einbringung eines Marimealsabstimmungstages für die Handels- und Transportarbeiter im Lande ein, wo der Schwere der Arbeitsverhältnisse sehr überwiegen, aber die lange Arbeitszeit dieser Arbeiterangelegenheiten wieder habe, dass die Fraktion Oberländer, auf Erhöhung dieses auf die jetzt vorliegende Abschaffung der Transportarbeiter so wichtigen Punktes hinwirken.

Mollenhuth:

hält die Forderung der Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre für die denkbar ungünstigste. Sie verziehe das Verhältnis der Pflichten und Leistungen zueinander der Industrie, mache erheblich höhere Beiträge notwendig und sei zuletzt nur von den Agrariern, von Herrn v. Blöb, vertreten worden. Viel wichtiger sei die Invaliditätsrentengrenze herabzusetzen. — Ein Vertreter der Fraktion für die Einführung des Maximalarbeits-tages in einzelnen Gewerben, in denen nur die Dauer der Arbeitszeit des Gesundheitsschädliche sei, hält der Redner nicht für empfehlenswert.

Lipinski - Leipzig:

Die Beratung der Handelsverträge wurde zu spät bekannt gegeben, als daß alle Abgeordneten hätten anwesend sein können. — Zur norddeutschen Frage wie zu vielen andern dürfte es sich empfehlen, das Material der Reichstagsfraktion direkt zuzustellen.

Bernstein (fortfahrend):

Die Ley Gröber hat der Reichstagsminorität alle Widerstandskraft genommen, eine Geschäftsordnung für den Staatsreich geschaffen. Dabei ist die Geschäftsordnung des Parlaments einer der wichtigsten Punkte der Verfassung. Das Gefühl der Reichstagsabgeordneten, doch nichts ausrichten zu können, lasse sie schweigen, wo sie reden müßten; mache sie gleichgültig, stumpfe ab. Schließlich sagten sie sich mit Bamberger: „Hunde sind wir ja doch.“ (Wider-spruch.) Redner schließt mit der Empfehlung seiner Resolution.

Lebebour:

Das hinterlistigste Mittel, Interpellationen zu verhindern, ist die Erklärung der Regierung, sie beantwortet zu wollen, aber später. Auch sonst gebe ich Bernstein recht mit seiner Schilderung der geringen Rechte des Reichsparlaments. Aber Bernstein hat ein Zitat gebraucht, das so deplaciert war, wie selten eines auf dem Parteitag war. Entstanden ist das Wort nicht aus dem Gefühl des Mangels an Rechten, sondern aus dem Mangel an Mut und Entschlossenheit. In aller Namen muß ich aber entschieden zurückweisen, daß ein solches Gefühl in uns lebt. (Bravo!) Die Rechtlosigkeit an sich hat noch keine Sündhaftigkeit der Meinung erzeugt. Ich habe auch bedauert, daß unter den welt-politischen Ereignissen nicht auch die Befreiung von Kautskow erwähnt ist. Freilich ist Genosse Bernstein der einzige, der diese Befreiung gefeiert und als nicht den dümmsten Streich der deutschen Weltpolitik bezeichnet hat. Wenn also Genosse Bernstein sich gerade bemüht, in Fragen der Weltpolitik das Wort zu nehmen, so mag er Kautskow nicht außer acht lassen. Die geschichtliche Entwicklung hat wie in andern Fragen auch hier nicht der Auffassung Bernsteins, sondern der der sozialdemokratischen Partei recht gegeben.

Reinling - Dresden:

hält die Zeit für geeignet, im Reichstag energisch und prinzipiell die Trennung von Staat und Kirche zu verlangen. Hartmann - Götting fragt an, warum der Beschluß des Dresdener Parteitags nicht ausgeführt worden sei, am Schluß jeder Reichstagsession ein Flugblatt herauszugeben, das über die Tätigkeit unserer Fraktion Aufschluß gebe.

Fingeler - Niederbarnim lenkt die Aufmerksamkeit des Parteitags auf die ungerade Festsetzung des Durchschnittsjahresverdienstes für landwirtschaftliche Arbeiter durch die ganz unter dem Einfluß der Gutbesitzer stehenden unteren Verwaltungsbehörden.

Freiwald - Pantow:

schließt sich dem Tadel der Hanauer Genossen gegen die Reichstagsfraktion durchaus an. — Bernstein habe die Dhamasch des Reichstags ja fast wie ein Anarcho-Sozialist gezeichnet, aber er habe doch recht. Die bürgerlichen Parteien würden eben so behandeln, wie sie es verdienen. Auch für uns Parteigenossen im Reichstag wäre es manchmal ganz gut, wenn sie ruhiger aufträten. Auf einen großen Mißgeburten ein großer Miß. Sehr gut war es, wenn einmal im Reichstag beantragt würde, die un-tätigen Minister, die ehemals Offizier waren, wieder zu ihrem Regiment zurückzuführen. (Heiterkeit.)

Stadthagen - Niederbarnim:

Ich würde mich ja gern bemühen, zu verhindern, ruwiger zu sein. (Heiterkeit), aber das allein reicht doch nicht aus. Von der Resolution Bernstein kann ich kaum einen Satz billigen. Nicht die Reichsregierung mißhandelt den Reichstag, sondern die bürgerlichen Parteien mißhandeln die Reichsregierung. Aus von einer Resolution zum persönlichen Regiment kann nicht die Rede sein. Im Gegenteil, die Marx wird immer abhängiger vom Kapitalismus. Da bitte Sie, die Resolution anzunehmen.

Damit schließt die Diskussion.

Persönlich bemerkt Bernstein, daß er nicht daran gedacht habe, der Partei ein händliches Bestimmung zuzusenden. Die Forderung Marquison habe er nur als Manöver gegen Auslands-Parteiliche bilde geillt.

Zürker konstatiert in seinem Schlusswort, daß die Partei und die Parteigenossen mit der Tätigkeit der Fraktion einverstanden sind. Die Fraktion handle nicht außerhalb der Parteibewegung, nur mit einer mehrschubhaften Hilfe hinter sich, sondern die Fraktion sei ein Glied der Partei, in ihrer Eigenart notwendig wie jedes andre. (Bravo!)

In der

Abstimmung:

wurden alle eingebrachten Anträge, mit Ausnahme dessen auf Abschaffung der Invaliditätsrentengrenze und der Resolutionen Bernsteins, angenommen.

Nächste Punkt der Tagesordnung ist die

Maifeier.

Der Redner Richard Rißler - Berlin führt aus: Die von einem Parteimitgliedemarsch wären wie wohl, sehr gut, aber diesen Punkt zurückzunehmen. In Köln aber sind gerade gegen jenseitigen der Partei und den Gewerkschaften in Verbindung

getreten. (Sehr wahr!) Man kann man getrost nicht sagen: Die Gewerkschaften und der Kölner Gewerkschaftskongress seien im Gegenjatz zur Partei, wohl aber haben einzelne Gewerkschaftsführer und Gewerkschaftsmitglieder Auffassungen vertreten, die in einem Gegenjatz zu den Auffassungen der Parteigenossen stehen. Denn auch dort gab es ja Anträge auf vollkommene Arbeitsruhe. Aber daneben gab es auch die Resolution Schmidt, der wohl auch die Generalkommission zustimmte. Von ihrer Votierung wurde bekanntlich abgesehen, damit die Gegner nicht aus dem Stimmverhältnis Folgerungen ziehen könnten. Als Meinung des Kongresses konnte Bismarck unter allgemeiner Zustimmung feststellen, mehr wie bisher für die Arbeitsruhe am 1. Mai zu wirken, vor dem nächsten internationalen Kongress aber eine Verständigung mit der Partei herbeizuführen, damit die Stellungnahme der deutschen Delegation dann den Willen der ganzen deutschen Arbeiterklasse vertritt. (Bravo!)

Aber trotzdem die Solidarität und das gemeinsame Denken und Fühlen mit der Sozialdemokratie betont wurde, ja ist doch das Verhältnis der beiden Bewegungen nicht ganz so, wie wir es wünschen müssen. Da und dort sieht der sozialistische Geist verloren gegangen zu sein (Sehr richtig!), und wir müssen uns doch fragen, wie Leute, die in der Partei aufgewachsen sind und stets für sie ihre Schuldigkeit getan haben, zu solchen Äußerungen kommen können, wie etwa Bringmann. Ich sehe dabei ganz ab von den rhetorischen Entgegnungen Leim-peters, die er selbst loyal torrigiert hat, und sehe selbstverständlich auch in richtiger Deutung der Bismarckischen Worte von der Nöwendigkeit der Ruhe für die Gewerkschaften voraus, daß die Gewerkschaften kampfbereit sind, wie sie ja naturnotwendig sein müssen.

Bringmann glaubte nachweisen zu können, daß es der Partei selbst nicht ernst sei mit der Maifeier. Aber wir wären ja maßlos, hätten wir in Zeiten ungünstiger Konjunktur zur strikten Arbeitsruhe aufgefordert. Bringmann führte weiter aus, die Maifeier, eine politische Demonstration, sei in der Gewerkschaftsbewegung ein Fremdkörper. Das sollte man doch nicht zu einer Zeit sagen, wo ein Akt der Gesetzgebung, die Vollzeits- 10 Jahre gewerkschaftlicher Arbeit einfach zurüchhte gemacht hat. (Sehr wahr!) Die Befürchtungen für die zukünftige Entwicklung, die solche Meinungen in uns erwecken, müssen wir offen ausprechen, schon um den Widerstand der Gewerkschaftsossen zu unterziehen, die in den eignen Reihen Protest gegen sie erheben haben. (Sehr gut!)

Der Metallarbeiterverband z. B. hat gewiß nicht formell und schriftlich, aber doch deutlich den Wunsch ausgedrückt, daß seine Beamten ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst der Gewerkschaft und nicht der Partei stellen. Gewiß lassen sich in der Gewerkschaftsbewegung durch den Hinweis auf Augenblicks-erfolge agitatorische Wirkungen erzielen. Aber sie sind doch immer nur Mittel zu unserm letzten großen Zweck. (Sehr wahr!) Die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes hat sich mit der Forderung seiner Delegierten in Köln denn auch ausdrücklich nicht einverstanden erklärt. Nun führte Robert Schmidt zur Begründung seiner Resolution an, die Maifeier verlange von den Gewerkschaften zu große Opfer. Diese Behauptung hält weder vor der Aus-berungsjahr der Gewerkschaften noch vor der amtlichen der Behörden stand. Jedenfalls können diese Opfer die Gewerkschaftsbewegung nicht veranlassen, ihre Stellung zur Maifeier zu ändern. (Sehr richtig!)

Wohl würdige ich die große finanzielle Veran-sporung, die auf den Gewerkschaftsbeamten laftet; aber die letzte Entscheidung darf nicht bei dem Geldbeutel liegen. Es gibt Situationen, in denen Ehre und Pflicht gebieten, den Kampf unter allen Umständen aufzunehmen. (Lebhafte Zustimmung.) Nun meine ich, die Partei selbst biete die Maifeier nicht für eine solche Gelegenheit. Es ist wohl wahr, daß auch die Partei sich sehr entschieden zur Maifeier gestellt hat, aber ihre Entscheidungsbewegung hat auf immer auf feindlicher Linie, wenn die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse es nur einigermaßen zulassen: die Partei wurde immer radikaler während Schmidt zu einer Zeit, wo die Maidemonstration immer gewaltiger, der Widerstand des Unternehmertums gegen sie immer schärfer wird, eine gemessene Position ohne jeden Grund an-zunehmen will. Dabei warten die Gegner nur auf ein Zeichen dafür, daß das Selbstvertrauen, die Energie und der Erfolg der Arbeiter-lasse nachläßt. Es ist nicht nur ein Gebot der politischen Ehre, die auf diesem Gebiet kein Zurück kennt, sondern auch der politischen Nützlichkeit. Die die eignen und die gegnerischen Kräfte langsam abwägend, die Maifeier voll aufrechtzuerhalten. (Lebhafte Beifall.)

Je uns doch das Maifest war nur eine Demonstration für Arbeiterforderungen, die erfüllt werden müssen, sondern auch ein Glaubensbekenntnis, in dem wir uns zur Sozialdemokratie und zum Internationalismus bekennen. (Erneuter Beifall.) Wegen Partei und Gewerkschaft auch noch verschiedene Wege gehen, an diesem Tage sollen sie zeigen, daß es im letzten Ziel zwischen ihnen keinen Gegensatz gibt. (Bravo!)

Daß 1890 der Maifestgedanke wie ein elektrischer Funke gezündet hat, beweist, welche eminente Bedeutung die Arbeiter der Maifeier zuschreiben und welche Wichtigkeit der Gedanke gerade in den Massen hat. Niemals seit 1890 hat die Maifeier solchen Umfang und solch reinen Parteikarakter gehabt wie diesmal; jetzt zum erstenmal, wäre ein solch politischer Selbstmord. (Vielfaches Sehr richtig!)

Wir wollen aber die entgegengelegte Meinung nicht tabellieren, sondern erklären verhindern. Partei und Gewerkschaften sind ja noch geworden, daß jetzt jede von ihnen die volle Arbeitsruhe und Langzeitarbeit. Aber ich möchte auch den Geist daran, die die der Arbeiterbewegung widmen, nicht veranlassen. Daher die Anwesenheit der Anführer zu den Maifesten. (Bravo!) Und den Anführern der Partei, die auch ein Gewerkschaftsmitglied sein kann wie v. Elm in den Sozialistischen Arbeiterpartei, bedauere ich das Verhalten. Um so notwendiger ist es, als notwendig die Aufgaben der Sozialdemokratie anderen zu stellen. (Sehr wahr!) Das Gefühl der Einheit und der Solidarität darf nicht überwinden werden durch die man verschiedenen Gewerkschaften und Berufsinteressen. Die ganze Gewerkschaftsbewegung, so notwendig und erfolgreich sie ist, hat doch

gegenüber den großen Massenfragen nur den Wert eines Palliativmittels. (Lebhafter Beifall.)
Man meine Genosse Reipert in Stuttgart freilich, die politische Agitation sei nicht Aufgabe der Gewerkschaftsbeamten. Aber wir wollen diesen Gegenstand, diese Untercheidung nicht. Nur künstlich ist durch die Gesetzgebung die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland von der Partei getrennt worden. Sonst wären sie, wie in anderen Ländern, wohl eins, ständen unter gemeinsamer Leitung. Aber noch heute muß es unsere Aufgabe sein, in dieser Richtung tätig zu sein. Wir können nicht verlangen, daß ein 30jähriges Wachstum durch einen Kongreßbeschluss befristet wird. Aber die gemeinsamen Interessen von Partei und Gewerkschaft werden gefördert werden, wenn alle Parteigenossen in den Gewerkschaften ihre Pflicht erfüllen.
Gerade die Massener in Sinne der internationalen Beschlüsse ist ein treffliches Aktions- und Agitationsmittel, die Gewerkschaften dem gemeinsamen Bette des Massenkampfes zuzuführen. Darum glaube ich, daß auch die geringe Abänderung der diesjährigen Form der Massener-Resolution der Situation entspricht. Die Generalkommission hat sie einstimmig ohne Bedenken abgepflichtet. Wenn Sie sie einstimmig annehmen, tun Sie einen weiteren Schritt zur Sicherung der Unbeelegbarkeit der deutschen Arbeiterklasse. (Sehr starker anhaltender Beifall.)
Der Vorsitzende macht die Mitteilung, daß Genosse Zie Lowski aus Frankfurt a. M. in Genua vor Gericht, wie ein Delinquant melde, wegen Zeugnisverweigerung in Zeugniszwanghaft genommen sei.
Des Ausflugs wegen wird die Diskussion über die Massenerfrage hierauf auf Donnerstag früh verlegt. —

Der Gruß an die Revolution!

Der Parteivorstand und eine Anzahl Genossen beantragen folgende Resolution:

Der Parteitag begrüßt mit freudiger Bemutigung das größte weltgeschichtliche Ereignis der Gegenwart, die russische Revolution, als die Macht, die endlich den mit Korruption und Verbrechen beladenen Absolutismus stürzen wird und damit nicht nur den unter seiner Anarchie schmachenden Völkern die Bahnen freier, kultureller Entwicklung öffnet, sondern auch die für ihre Befreiung kämpfenden Volksmassen aller Länder von einem ihrer bössartigsten Feinde erlöst.

Mit Stolz gedenkt er dabei der Tatsache, daß — wie mannigfaltig auch die geschichtlichen, die sozialen Kräfte sind, die zu diesem Ziele zusammenwirken — es doch heute das junge Industrieproletariat Rußlands ist, das unter sozialdemokratischer Führung die wichtigste treibende Kraft des gewaltigen Ringens mit dem Absolutismus bildet und immer wieder und wieder die heldenhafte Massen stellt, die ihren Hunger und ihre Verber den Schergen und Helfern des Absolutismus kämpfend entgegenstellen.

Der Parteitag ermahnt alle Kämpfer für politische Freiheit in Rußland die Versicherung seiner tiefsten Sympathie und Bewunderung, ganz besonders aber jenen Männern und Frauen, ohne Unterschied der Nationalität und Rasse, die auf dem Boden der sozialdemokratischen Auffassung stehend, mit und in dem Proletariat wirken und kämpfen: ihnen, deren Gabe und opferwillige und geschätzte Arbeit seit langen Jahren die Erneuerung des Proletariats vorbereitet und seine Schulung und Organisation bis heute vorangetrieben hat, wodurch das Proletariat befähigt wurde, die revolutionäre Aufgabe der Stunde in der Ueberzeugung zu erfüllen, daß der Kampf zur Niederwerfung des Absolutismus keine notwendige Stufe im Kampfe gegen den Kapitalismus ist.

Der Parteitag sieht sich aber auch verpflichtet, seiner tiefsten Empörung Ausdruck zu geben über die barbarischen Untaten, durch welche die Schergen des Despotismus ihr schuldloses Regiment aufrecht zu halten suchen, namentlich über die grausame Hinrichtung nicht bloß von Männern der Revolution, sondern sogar von zahllosen unschuldigen Personen, besonders Frauen und Kindern.

Der russische Absolutismus hat sich durch diese barbarische Morden vor der ganzen Kulturwelt geäußert und er rechtfertigt damit jedes gegen ihn angewandte Mittel, das zu seiner Vernichtung führt.

(Der Bescheid der Donnerstagssitzung siehe unter „Logie Nacht.“)

Jena oder — Essen!

Wieder und wieder haben bürgerliche Zeitungsschreiber in den letzten Wochen die Frage aufgeworfen, ob der diesjährige Parteitag für die Sozialdemokratie „Jena oder Sedan?“ bedeuten würde, und das nicht allzu geistreiche Frageziel andere immer mit der sicheren Antwort: Jena! Jänen schien es gar zu sein, daß die Streitigkeiten innerhalb der sozialdemokratischen Partei zur Sprache werden und dem Niedergang der Bewegung, der sich in den Stimmurwählungen zu machen, nachzuweisen anzuwenden ist, herbeiführen müßten. Weil sie als bewußtlose Agenten der sozialdemokratischen Partei die Partei der Arbeiter, die die Arbeiterbewegung unterstützen und verwalten wollen, gar nicht begreifen dürfen, daß ihre Bestimmung an der Oberflächlichkeit im Augenblick besteht, weil sie die Partei nach dem 1. Juni 1900 eine Partei machen wollen, glauben sie mit unerschütterlichem Glauben zu können, daß die Sozialdemokratie nur durch die Jenaer und Essener Parteitag „Jena oder Sedan“ habe.

Um es geistlich die Unwissenheit unter Gegnern über die, wie sie in den letzten Tagen gesehen haben. Die von ihnen für die Partei besprochen, und seine langjährige Journalisten-Tätigkeit nicht nur in der Zeitung, daß sie das 1. Juni eine Partei machen wollen, glauben sie mit unerschütterlichem Glauben zu können, daß die Sozialdemokratie nur durch die Jenaer und Essener Parteitag „Jena oder Sedan“ habe.

Um es geistlich die Unwissenheit unter Gegnern über die, wie sie in den letzten Tagen gesehen haben. Die von ihnen für die Partei besprochen, und seine langjährige Journalisten-Tätigkeit nicht nur in der Zeitung, daß sie das 1. Juni eine Partei machen wollen, glauben sie mit unerschütterlichem Glauben zu können, daß die Sozialdemokratie nur durch die Jenaer und Essener Parteitag „Jena oder Sedan“ habe.

Kandidat des Zentrums oder der der Sozialdemokratie gewählt werde, falls weniger ins Gewicht als die Tatsache, daß die Wahl wieder eine aufsteigende Kurve der Sozialdemokratie zeigt. Und ihr agrarischer Widerpart, die „Deutsche Tageszeitung“, ergibt sich gleichfalls leidend in das unvermeidliche Schicksal. „Wie lange wird es dauern“, fragt sie, „bis auch dieser industrielle Wahlkreis eine Beute der Umsturzpartei wird?“

Die „Germania“, das Berliner Organ des Zentrums, denkt, geteilt das Leid bei halbes Leid, und verweist auf die Niederlage der Nationalliberalen. Im übrigen tröstet sie sich damit, daß es noch schlimmer hätte kommen können; sie erzählt zu diesem Zwecke ihren Lesern, die Sozialdemokraten hätten gehofft, das Essener Mandat gleich im ersten Wahlgang zu erobern, und diese Hoffnung sei durch den Wahlausfall zunichte geworden. Es mag grausam sein, ihr den letzten Trost zu nehmen, dennoch muß im Interesse der Wahrheit festgestellt werden, daß diese Geschichte der „Germania“ eine lächerliche Erfindung ist. Der Sprung nach vornwärts, den die Sozialdemokratie im Jahre 1903 gemacht hatte (von 4400 auf 22773 Stimmen!) war so groß gewesen, daß selbst Optimisten in der sozialdemokratischen Partei von einem damaligen Augenblickserfolg sprachen und eher mit einem Rückschlag als mit einem Fortschritt rechneten.

Im übrigen stellt sich die „Germania“ so, als ob sie schon für diese Stichwahl mit dem Verlust des Kreises rechnete. Sie weist darauf hin, daß vor zwei Jahren der Vorprung des Zentrums vor der Sozialdemokratie noch 14000 Stimmen betrug, während er diesmal nur mehr 7000 Stimmen beträgt, daß damals ein Stichwahlzuwachs von 4000 Stimmen zum Siege des Zentrums ausreichte, während die Sozialdemokratie mit einem Stichwahlzuwachs von 10000 Stimmen in der Minderheit blieb.

Nun aber blasen alle nationalliberalen Trompeten zum Sammeln gegen den „gemeinsamen Feind“. Auch die „National-Zeitung“ fordert die nationalliberalen Wähler mit der denkbar größten Schärfe und Entschiedenheit auf, für den Kandidaten der sonst so gehäßten „Schwarzen“ zu stimmen. Sie schreibt:

Es findet nun, wie 1903, eine Stichwahl zwischen Zentrum und Sozialdemokratie statt, wobei jedoch die Gefahr, daß dieser Wahlkreis an die Umsturzpartei verloren geht, wesentlich näher gerückt ist als vor 2 Jahren. Die Sozialdemokratie dürfte ihre Hoffnung auf die 7—8000 neu zugezogenen Wähler setzen, die gestern nicht zur Urne gegangen sind, außerdem auf die Verbitterung, welche das Zentrum durch seine gegen die nationalen Parteien beliebte Kampfweise bei diesen gegen sich heraufbeschworen hat. Indessen täuscht sich die Sozialdemokratie hoffentlich in der einen wie in der andern Erwartung. So schwer es auch das Zentrum durch sein Bündnis mit der Sozialdemokratie in Bayern, durch den Mißbrauch seiner parlamentarischen Machtstellung... gemacht hat, in der Stichwahl mit Nachdruck den Kampf gegen den gemeinsamen Feind der Monarchie und der wirtschaftlichen Ordnung aufzunehmen, so wenig darf jetzt Erbitterung die Fägel führen. Ein Erfolg wie ihn die Sozialdemokratie... jetzt in Wien zu verzeichnen hat, wird sie erst recht in dem Entschluß bekräftigen, auf dem revolutionären Wege nach dem Endziel zu beharren... Demgegenüber müssen die die monarchische und die wirtschaftliche Ordnung im Staate verteidigenden Kräfte im Staate ebenso geschlossen zusammenstehen...

Das sind wahrlich ganz andre Töne, als man sie in den Tagen des Mauerungs-Quasidionismus und der Spaltungskampfen gehört hat. Wer im bürgerlichen Lager hätte für die Woche, in der die Sozialdemokratie „ihr Jena erleben“ sollte, solches erwartet?

Das Wort hat sich gewendet. Aufwärts führt wieder unter Weg!

Politische Ueberflucht.

Magdeburg, den 21. September 1905.

Reiseabenteuer eines Europäers.

Ein guter Europäer unternimmt eine Reise nach Südchina zu in ein fremdes Land. Wohllich stehen einige Bekannte auf ihn und befehlen ihm, ihnen zu folgen. Der Europäer verweigert keinen Widerstand, denn aus Büchern und Zeitungen hat er die Sitten dieses Landes gekannt; können jedoch um zu wissen, daß er keine Lage dadurch nur noch verschlimmern würde. Man würde dann ihn überflügeln und gefesselt fortzuführen. Er läßt sich also seinem Schicksal und läßt sich ruhig fortführen. Und eine Weile später findet er sich in einer kleinen verödeten Stadt, vor der wieder Bekannte stehen halten — sein Entkommen ist möglich und er auch abendgeduldet erwarten, was die Nachhaber über ihn beschließen werden.

Der gute Europäer heißt Domela Nieuwenhuis und ist Holländer von Geburt. Das Land, in dem ihm aber die Schicksale des Reisenden offenbart, heißt nicht Marokko, nicht Indien, nicht Tibet, sondern Tschuhen. Seit zehn Tagen hat der Holländer im strengen Gefängnis — und sein Mann weiß, wozu. Aber noch mehr: sein Mann weiß, wozu. Er ist „Jugendmörder“ nach dem Namen des Landes verurteilt, würden die bürgerlichen Wähler schreiben, wenn die Geschichte wirklich in Marokko und nicht in Tschuhen passierte wäre. Seine Frau und seine Freunde sind in letzterem Gefängnis um das Schicksal des Mannes, der der Natur mehr als feige, auf dem Rücken liegt und nicht mehr zu den Klümpchen eines Mannes zählt.

Wer ist Domela Nieuwenhuis? Ein gewisserer Europäer, der sich der Arbeiterbewegung seines Vaterlandes widmet, durch mancherlei wunderliche Anstöße aber wieder in Gegensatz zur Sozialdemokratie getrieben. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie eine der Hauptaufgaben unserer holländischen Genossen. Seine Gegenwart war das weltanschauliche Hindernis des Aufstiegs. Er ist ein Mann zu seinen

Ungunsten wandte und sein politischer Einfluß zu schwinden begann, änderte sich die Stimmung gegenüber dem ehrlichen Gegner, den man im ehrlichen Kampfe der Meinungen zu Boden gerungen hatte.

Voreingenommen sind die deutschen Sozialdemokraten, also für das neuste Opfer der preussischen Polizei gewiß nicht. Aber trotzdem greift man sich an den Kopf und fragt, wie der gleichen möglich sein kann. Ein Mann, der seit bald zwanzig Jahren in seinem eignen Vaterlande ruhig und unbehelligt lebt — bestrahlt wurde er umres Wissens nur im Jahre 1887 wegen Verleumdung des damaligen, nun längst verstorbenen Königs der Niederlande — der ruhig und unbehelligt durch ganz Europa reist und eben aus Paris kommt, wo ihm natürlich niemand etwas zuleide getan hat, dem keine in Deutschland strafbare Handlung zur Last fällt, wird plötzlich festgenommen, weil...?

Daß er etwa Bomben schmeißen wollte, ist durchaus nicht anzunehmen, denn damit würde er nicht nur seinen Theorien entgegen handeln, sondern noch obendrein Dinge auf sich nehmen, denen er nicht gewachsen ist. Man nennt ihn einen „Anarchisten“ — und das genügt voll und ganz, daß die deutsche Bourgeoisie die Vorsicht der deutschen Behörde lobt und sich den glücklich Erwischten als einen Mann vorstellt, dem die brennende Zündschnur zur Hofentfälschung hinauseingibt. Die Polizei aber kann sich solchen Phantasien nicht hingeben, denn sie kennt Domela Nieuwenhuis und weiß, daß Männer der Tat anders aussehen als dieser hilflose und hilflose Stubengelächte.

Es bleibt also nur die Möglichkeit offen, daß die preussische Behörde den alten Herrn festgesetzt hat, weil sie seine politischen Meinungen nicht teilt. Für diesen Fall würde ihr Verfahren allerdings völlig den Gebräuchen wilder mohammedanischer Stämme gleichen, die dem „Gjaur“ gegenüber alles für erlaubt halten. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 21. September 1905.

Gegen die Cholera

hat der hiesige Regierungspräsident folgende Polizeiverordnung betr. Einrichtung von Schiffahrts-Ueberwachungsstellen an der Elbe und am Pläuseschen Kanal erlassen:

§ 1. Die in der Schiffsahrt oder der Flößerei beschäftigten Personen sind einer Gesundheitspolizeilichen Ueberwachung zu unterwerfen und an der Cholera erkrankte, choleraverdächtige oder ansteckungsverdächtige Personen sowie Gegenstände, von denen anzunehmen ist, daß sie mit dem Krankheitsstoff behaftet sind, von der Beförderung auszuschließen.

§ 2. Es werden folgende Ueberwachungsstellen eingerichtet: a) eine Stromüberwachungsstelle an der Elbe unterhalb Magdeburg, b) eine Stromüberwachungsstelle an der Elbe unterhalb Tangermünde, c) eine Nebenüberwachungsstelle am Pläuseschen Kanal bei Genthin.

§ 3. An den bezeichneten Ueberwachungsstellen werden alle Stromauf- oder Stromabwärts fahrenden oder auf dem Strome liegenden Fahrzeuge (Schiffe jeder Art und Größe) zur Verhütung der Choleraerkrankung ärztlich untersucht. Zu diesem Zwecke sind die auf der Elbe bzw. dem Pläuseschen Kanal verkehrenden Fahrzeuge mit Ausnahme der regelmäßig verkehrenden Personenfahrzeuge verpflichtet, an jeder der im § 2 bezeichneten Ueberwachungsstellen, welche durch eine Tafel mit der Aufschrift „Ueberwachungsstelle — Halt!“ und durch eine große weiße Flagge kenntlich gemacht sind, ohne Aufforderung anzuhalten und das Untersuchungspersonal an Bord zu nehmen. Derselben Verpflichtung haben die auf dem Strome befindlichen Fahrzeuge, wenn sie von dem durch die weiße Flagge kenntlichen Untersuchungsbeamten durch einen Beifehl (Pfeifen, Dampfpeife, Glockenzeichen oder Geben und Einholen der Flagge) dazu aufgefordert werden. Jedes auf dem Strome verkehrende Fahrzeug hat eine gelbe und eine schwarze Flagge bei sich zu führen. Die gelbe Flagge ist bei dem Vorhandensein einer unter den Erkranken der Cholera erkrankten Person, die schwarze Flagge bei dem Vorhandensein einer Leiche anzuziehen. Fahrzeuge, auf denen sich eine solche Person oder Leiche befindet, haben bei Annäherung eines Untersuchungsfahrzeugs ohne Aufforderung zu halten.

§ 4. Das Personal der Schiffe oder Flöße ist verpflichtet, sich den von dem untersuchenden Arzte bzw. dem ihn begleitenden Polizeibeamten in Ausführung ihres Ueberwachungsauftrags getroffenen Anordnungen zu unterwerfen.

§ 5. Diejenigen Fahrzeuge, auf denen Choleraerkrankte oder verdächtig Erkrankte vorgefunden wurden, sind nach erfolgter Desinfektion 5 Tage lang zu beobachten. Eine Beobachtung von gleicher Dauer kann über solche Fahrzeuge verhängt werden, deren Führer oder Mannschaften ihre Person oder ihre Fahrzeuge der Untersuchung zu unterziehen suchen, den Untersuchungsbeamten Widerstand leisten oder sonst die Annahme begründet erscheinen lassen, daß eine Verheimlichung von choleraerkrankten oder choleraverdächtigen Personen oder verdächtigem Gegenständen und eine Vereitelung der zur Verhütung der Choleraerkrankung oder -verbreitung vorgeschriebenen Maßregeln beabsichtigt wird.

§ 6. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft.

§ 7. Diese Polizeiverordnung tritt sofort in Kraft.

Weiter ist für den Umfang des Regierungsbezirks Magdeburg folgendes verordnet:

Schiffe und Flöße, welche sich innerhalb sechs Tagen vor ihrer Ankunft in Ostpreußen oder Preußen aufhalten haben, in welchen Flöße von Cholera vorgefunden sind, sind verpflichtet, sich unverzüglich nach ihrer Ankunft bei der Kreispolizeibehörde zu melden. Auf Anweisung der Kreispolizeibehörden haben diese Personen sich einer stündigen Beobachtung zu unterwerfen. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehend in Bestimmungen unterliegenden Vorschriften gemessene Strafen sind im § 45, 46 des Reichsgesetzes betreffend die Bestrafung gemeingefährlicher Krankheiten vom 30. Juni 1900. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

— Die Parteigenossen in Magdeburg-Nord, die sich an der Agitation für die „Volksstimme“ am kommenden Sonntag beteiligen wollen, werden gebeten, sich morgen Freitag, abends 8½ Uhr, im Lokale von Leiering zu versammeln, um dort das Material entgegen zu nehmen. Es wird darauf geadmet, daß sich die Genossen recht zahlreich einfinden, damit die Arbeit am Sonntag schnell erledigt wird. —

— Mit dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie beschäftigt sich natürlich auch die „Magdeburger Zeitung“, deren oft erwähnte „einschichtige“ Redaktionsführung sich dabei wieder einmal glänzend bewährt. In ihrem heutigen Morgenblatt bringt sie ein „Stimmungsbild“ aus Jena, in dem die Lungentranken Parteigenossen aufgeführt werden, das Essen und Trinken der

Manöver.

In den Monaten August und September wird mit den Steuergroschen des geduldigen deutschen Volkes besonders freigebig umgegangen; die Armee hält ihre Manöver ab. Abgesehen von den gewöhnlichen Ausgaben für das Geer (Verpflegung, Zurage usw.) kommen hier noch die Spezialkosten für die Manöver (Wasserversorgung, Furschaden, Manöverzulagen, Stroh und Holz für Bivak usw.) hinzu. Wieviel diese betragen, läßt sich aus dem Militäretat nicht genau ersehen, weil die einzelnen Posten an verschiedenen Stellen vorgetragen sind. Gewiß ist, daß in der bewußten Zeit mindestens drei Millionen dem Wolsch extra geopfert werden. Macht pro Tag „nur“ 150 000 bis 100 000 Mark!

Nun kann es nicht zweifelhaft sein, daß die Manöver einen gewissen militärischen Wert haben, aber er ist nicht so groß, daß sich damit die alljährliche Wiederholung der großen Herbst-Waffenübungen rechtfertigen läßt. Würden Manöver in jedem zweiten Jahr abgehalten werden, so würde das vollaus genügen.

Der Wert der Manöver besteht vor allem darin, daß die Truppen aus dem ihnen durchwegs bekannten Terrain der Umgebung ihres Garnisonortes in ein Gelände kommen, das für sie neu ist. Und ferner lernen die höheren Offiziere die Führung von wirklich vorhandenen größeren Abteilungen im Gegensatz zu den Kriegsspielen, bei denen es sich nur um militärische Operationen auf dem Papier dreht. Nur in großen Garnisonen ist es möglich, daß z. B. ein älterer Oberst, der an der Tour zum General steht, auch außerhalb der Manöverzeit ein 2000 bis 3000 Mann starkes Detachement, das aus Infanterie, Kavallerie und Artillerie besteht, führt. In kleineren Garnisonen ist derartige wegen des Truppemangels nicht durchführbar. Daß eine Garnison zu einer Feldübung 15 000 Mann und mehr stellen kann, ist, abgesehen von wenigen Fällen, z. B. Berlin, Metz, Straßburg, überhaupt ausgeschlossen.

Aber die Manöver haben auch ihre großen Schattenseiten. Vor allem sind sie, wie jede Friedensübung, nur eine Karikatur auf den Ernstfall, weil sich die Beteiligten der Unverwundbarkeit erfreuen. Dadurch wird schon die Aufklärung mehr oder weniger zur Farce. Die Kavallerie-Patrouillen, die Nachrichten vom Gegner zu bringen haben, benehmen sich natürlich nicht besonders vorsichtig, und insollgedessen weiß eine Partei von der andern ziemlich genau, was sie tut. Damit aber fällt das gefährlichste und unheimlichste Element des Krieges, nämlich die Ungewißheit über die Maßnahmen des Gegners, weg. Auf diese Weise werden die höheren Führer im Frieden an eine Klarheit der Situation gewöhnt, die im Kriege fast niemals existiert.

Ob das im Ernstfall nicht bedenklich auf die Nerven der Herren zurückwirken wird, ist fraglich. Sie sind dann von den Friedensübungen her gewöhnt, reichlich mit richtigen Meldungen über den Feind versorgt zu werden, und nun fließt die Quelle auf einmal spärlich. Die Schreien des

Krieges bringen es mit sich, daß auch direkt falsche oder übertriebene Nachrichten einlaufen.

Mit die Infanterie der beiden Manöverparteien aneinandergeraten, so entwickelt sich, wie bei Friedensübungen überhaupt sehr häufig, nur zu oft ein ausgemachter Humbug. Ein Angriff, der im Kriege 5-6 Stunden und mehr beanspruchen würde, wird schon mit Rücksicht auf die zur Verfügung stehende Zeit in 1-2 Stunden erledigt. Dies gereicht aber dem Verteidiger zum größten Nachteil, weil ihm die nötige Zeit mangelt, die Gegenmaßregeln zu treffen, die er im Ernstfall ergreifen könnte. Nehmen wir an, die Partei A wird im Kriege von der Partei B. angegriffen, und zwar sucht B den rechten Flügel von A zu umfassen. Der Führer von A ist sich bewußt, daß bei der Stärke seiner Stellung B mindestens drei Stunden braucht, bis er ihm gefährlich werden kann. Insollgedessen hat er genügend Zeit, um eine starke Reierbe mit einer weiter ausholenden Umgehung des feindlichen linken Flügels zu betreiben und so den gegnerischen Hauptangriff zum Stehen zu bringen. Im Frieden könnte der Kommandeur von A höchstwahrscheinlich nicht so handeln, weil die Angreifer noch unverwundbarer sind wie der selige Achilles, und sie daher schon nach einer Stunde mit Hurra in die Stellung kürzen würden. Es sind allerdings auch Manöver-Gegenangriffe des Verteidigers an der Tagesordnung, aber sie würden ganz gewiß anders ausgeführt werden, wenn nicht mit der „affenartigen“ im Kriege unmöglichen Geschwindigkeit des Angreifers gerechnet werden müßte.

Nach Mitteilungen, die uns geworden sind, soll infolge des russisch-japanischen Krieges der Infanterie schon im diesjährigen Manöver „ein Extravergnügen“ besetzt werden, indem sie bei jeder halbwegs passenden Gelegenheit Schützengräben aufwerfen muß. Warum dies geschieht, ist nicht recht einzusehen. Die Herstellung von solchen Gräben kann doch in der Garnison so ausgiebig geübt werden, daß es wirklich nicht nötig wäre, den Mann auch noch im Manöver, wo er sowieso unermüdlich angestrengt wird, damit zu plagen. Außerdem hat der russisch-japanische Krieg bewiesen, daß Feldbefestigungen durchaus kein großartiges Hilfsmittel sind. Die Russen hatten bei Liaojang und Mukden riesige Schanzen aufgeworfen und wurden dennoch geschlagen.

Eine ganz besondere Spezialität der großen Herbstwaffenübungen sind die Kaisermanöver. Seit einiger Zeit ist ein genauer Einblick in dieselben leider nicht mehr möglich. Früher erschienen nämlich in den Beilagen zum „Militärwochenblatt“ sehr detaillierte Berichte über die Aktionen während der Kaisermanöver, aber plötzlich wurden diese Schilderungen eingestellt, nachdem Schreiber dieses sich erkühnt hatte, die erwähnten Darstellungen zu nicht militärisch-kommen Kritiken zu benutzen. Aber jodelt man immer noch ausproben, daß die Kaisermanöver ungeheuer viel Geld verschlingen. Selbstverständlich erscheinen bei ihnen die Truppen auch zum Geicht in einer besseren Uniform, und zur Parade müssen sie gewöhnlich sogar die Paradeuniform anziehen. Es ist eine Tatsache,

daß die Regimenter viele Kisten mit Uniformstücke in die Kaisermanöver mitnehmen, damit sie auf der Parade tadellos gekleidet sind. Dies allein kostet sehr viel Geld und erfordert auch viel Mühe und Zeit, bis alles fein säuberlich verpackt und abgeschickt ist. Und ist die Parade glücklich vorbei, so geht das Einpacken von vorn an, denn nun müssen die Hunderte von Kisten wieder in die Garnison zurückgeschickt werden. Auch der Munitionsverbrauch ist in den Kaisermanövern größer als bei den gewöhnlichen Herbst-Waffenübungen. Ferner verursachen die großen Kavallerie-Attaken kolossale Furschäden.

Weil wir gerade bei diesen vielbesprochenen Attaken sind, wollen wir ihnen einige Worte widmen. Gewöhnlich wird hier ein falsches Urteil gefällt, darin, daß die Attaken geritten werden, können wir, nachdem einmal ein Duzend Kavallerie-Regimenter zusammengezogen sind, keinen Fehler erblicken, die Regimenter sind da, also probiert man mit ihnen auch Attaken. Ob es nötig ist, daß so viele Kavallerie-Regimenter zu den Kaisermanövern versammelt werden, ist allerdings eine andre Frage, die wir verneinen. Aber dagegen muß man sich wenden, daß die Attaken von den Sachverständigen stets als siegreich erklärt werden, obwohl sie schon deswegen niemals von Erfolg begleitet sein könnten, weil alle Beteiligten darauf eifern, und daher das für Kavallerie-Attaken so wichtige Moment der Ueberraschung fehlt. Sobald ein Kaisermanöver sich seinem Ende zuneigt, weiß jeder Soldat, daß die fällige große Attake jeden Tag stattfinden kann. Manchmal werden die Attaken sogar in der Zeitung schon wochenlang vorher prophezeit. Dies geschah z. B. bei den letzten sächsisch-preussischen Kaisermanövern, die sich u. a. über das Schlachtfeld von Rossbach bewegten. Und in der Gegend von Rossbach wurde genau so, wie vorhergesagt, die große Attake geritten. (Bei dem am letzten Freitag beendigten Kaisermanöver in der Umgegend von Simburg an der Lahn ist zum erstenmal seit Jahren die große Attake nicht geritten worden. Red.) —

R. K.

Die Generalstreiks Idee in Frankreich.

Seit dem Amsterdamer Kongreß ist die Frage des Generalstreiks aufs neue in Fluß geraten. In Deutschland, wo man bisher dieser Frage keine Beachtung geschenkt hat, was gleichbedeutend mit Mißachtung ist, wird sie nun besonders lebhaft diskutiert und der Kölner Gewerkschaftskongreß hat seine bekannte Resolution in dem Sinne gefaßt, daß die deutschen Gewerkschaften nach wie vor den Generalstreik verwerfen. Die Diskussion aber, statt abzuschwächen, ist nun erst recht lebhaft geworden. Auf der einen Seite war es vornehmlich Bernheim, der angesichts der drohenden Wahlentwertung das Studium des Generalstreiks, als äußerstes Abwehrmittel, empfahl, also eigentlich den Generalstreik nur als politischen Protest im äußersten Notfall angewendet wissen will. Auf der andern Seite trat Friedberg auf, der den „Anarcho-Socialismus“ mit dem Generalstreik als Abwehrmittel und der Verneinung der herrschenden parlamentarischen Arbeit, predigte. Was an der Friedbergischen Agitation das abgeschmackteste ist, das

Feniketon.

Doktor Ohlhoffs Geheimnis.

Roman von Friedrich Thieme.
(60. Fortsetzung.)

Albert von Höhren durchschritt erst mit außergewöhnlicher Hast den ihm von der kleinen Garderobe, wo sein Bruder wartete, trennenden Zwischenraum, wie er aber ungefähr die Hälfte des Weges zurückgelegt hatte, verlangsamte er seinen Gang, er setzte die Füße zögernder vorwärts und sah sich mit argwöhnischen Blicken um.

Indessen — er durfte kein Mißtrauen zeigen. Doch öffnete er erst vorsichtig die Tür des großen Salons und lugte durch die Spalte in das Garderobezimmer hinaus.

Aufmerksam stand er dann mit zwei Särviten vor dem Gemeldeteten — sein Bruder war allein.

„Was willst Du?“ redete er ihn kurz an.

Bruno, der mit nach der Seite gewandrem Gesicht an einem Fenster lehnte, hob Kopf und Blick zu ihm auf.

Nur ein Moment lag zwischen der Frage und dem Ausdruck in des Bruders Zügen — und doch, warum begann der Verbrecher mit einem Male zu zittern, warum verzerrten sich die Augen ihm stier aus den Höhlen? Ein einziger Blick Brunos berief ihm alles, er las darin die Entdeckung, die Gefahr, die Schande, die Verzweiflung!

Scheu slog sein Auge durch alle Ecken des Raumes — niemand da!

„Sie hat mich verraten!“ hauchte er in Zorn und Angst.

„Sie nicht — das Notizbuch — die Geheimbriefe — die —“

Der Sprecher brachte selbst nur noch unartikulirte Laute hervor, er mußte sich gewaltsam zusammenreißen.

„Sie waren da — sind hier — um meines Vaters willen verzecht mir — der Mörder — dem Oberst zu vermeiden — ich — sagte ihnen zu — Dich aufzuheben — mit mir zu gehen — unten — unten steht der Wagen —“

Hörbar knirschten in hinterem Tross die Fäden des Mörders aufeinander. Alle Furcht, alle Gewissensqual war plötz-

lich von ihm gewichen. Seine energische, finstere stolze Natur, der alle weineren Empfindungen fremd waren, entbrannte in wildem, rasendem Zorn, daß er so nahe dem Ziele die Früchte seines Verbrechens verlieren sollte. Ein toller, ungezügelter Mut nahm Besitz von ihm — was hatte er denn jetzt noch für Rücksichten zu nehmen, wo alles dahin war? Ehre, Vermögen, Freiheit, alles war verwirrt, nur noch ein kühner Entschluß konnte ihn retten.

„Wo sind die Herren?“ fragte er scheinbar resigniert.

„Trauen — vor der Tür —“

„So sag ihnen, sie sollen zum Teufel gehen, Dummköpfe!“ schrie er böhrend dem Ueberraschten ins Ohr — im nächsten Augenblicke ertönte die Gaststamme durch den Druck seiner Hand auf den Dahn, so daß eine ägyptische Finsternis das Zimmer erfüllte. Gleichzeitig rief er die Tür des Salons auf, die er hinter sich verriegelte.

Albert von Hörens Aussehen, sein eigenwilliges Gebaren leuchtete die Augen aller auf ihn hin.

„Was gibt es Hören? was ist los?“

„Die Polizei!“ rief er mit halblauter Stimme. „Schnell das Gas, die starten weg, wir sollen aufgehoben werden!“

Die Anwesenden erhoben sich mit allen Anzeichen des Entsetzens.

Der Mörder aber wartete die Rückkehr ihrer Gefühlsgegenwart nicht ab, im Nu verließ er die Gaststamme des Salons, dann sprang er in das hintere Zimmer und verlegte es in den Zustand gleicher Dunkelheit.

„Hören, bist Du verrückt?“

„Was machen Sie, sind Sie toll?“

„Das ist ja Torheit!“

Solche und ähnliche Aute tönten durcheinander, denn die Mitglieder des Rates haben recht wohl ein, doch im Falle einer Ueberrumpelung durch die Polizei nichts unternommen sein konnte als das Verändern ihres Gesessen, durch welches sie sich ja gerade verdächtig machten. Noch hatte es das Spiel kaum begonnen, niemand, der jetzt hier etwas machte, konnte den Nachweis des verbotenen Spiels erbringen. Hörens mußte rein den Verlust verloren haben!

Der aber wußte genau, was er wollte. In der durch ihn hergestauten Finsternis quistand eine greuliche Ver-

wirrung, noch gesteigert durch das Eindringen des Messors, des Kommissars und zweier Leute, die jetzt natürlich jede Rücksicht beiseite ließen. Inmitten des Chaos hoffte er durch eine der andern Türen des Lokals zu entfliehen, ehe die Särviten bis dahin vordringen vermochten. Seinen Gut hatte er mit einem Griffe gepackt, den Ueberzieher ließ er im Stiche, so rannte er atemlos dem hinteren Ausgange zu. Vor der Tür hielt er an, um sie vorsichtig zu öffnen; denn nun wie ein blinder Hahn in die Falle zu laufen, dazu war er zu schlau. Wie er aber nun hier hinausdrückte, warf er sie wieder zu und schob den Kiege vor — der Weg hier hinaus war ihm verwehrt. Nun blieb ihm noch eine Tür, er eilte zurück, um durch ein andres Seitenzimmer zu gelangen. Allerdings mußte er nochmals den Salon passieren. Gott sei Dank, er war noch finstere, im Moment aber, wo er die Tür des Seitenzimmers erreichte, vernahm das Licht auf und die Stimme des Messors rief: „Dort — das ist er — ihm nach!“

Der Mörder riegelte auch diese Tür rasch hinter sich zu und veruchte durch den ihm noch bleibenden einzigen Ausgang die Hofterre zu erreichen. Vergebens! Auch hier hatte der Kommissar zwei seiner Särviten postiert; sähnefinstend wandte sich Albert von Hörens zurück, sich gegen die auf ihn losströmenden Särviten durch blitzschnelles Verstellen der Tür mit dem immer im Saal stehenden Schlüssel überred. Was nun? Er war gefangen wie der Fuchs in der Grube.

Obwohl fünf Minuten vergingen, würden die Angreifer den Eingang erzwingen, die Tür erbrochen haben — angütvoll zögerte er nicht — das Zimmer war nicht groß und hatte nur ein Fenster. Dies rief er mit einem letzten Hoffnungsgeheul im Herzen auf — ein Särvindel erfaßte ihn, wie er nunmehr schaute in den geflüchteten, in dem ungewissen Nichte zweier Gaststammen noch unheimlicher aussehenden Hof — ein Fenster befand sich in der zweiten Etage, und die Zimmerbesitzer alle eine verächtliche Pose — wenn er hier heruntergerang, war es vorbei mit ihm, und ein Hilfsmittel zum Hinunterklettern war nicht vorhanden!

(Fortsetzung folgt.)

ist die „neue“ Etikette. Tatsächlich sind seine Ideen schon sehr alt. Sie stammen aus Frankreich. Die „Prinzipien“ dieser „neuen“ Richtung, wie ihre ganze Argumentation, sind wieder nichts als ein Klatsch der französischen anarchistischen Generalstreikbände, auf deren Konto es zu schreiben ist, daß der Zwiespalt zwischen Partei und Gewerkschaft akut wurde.

Das erstmal wurde die Idee des Generalstreiks auf dem zweiten französischen Gewerkschaftskongress in Montlucon im Jahre 1887, also vor 18 Jahren, durch den Delegierten Combomoreil propagiert, jedoch ohne daß der Kongress hierzu Stellung nahm. Es sei hier eingeschaltet, daß die Gewerkschaftskongresse vom Jahre 1876 bis zum Jahre 1894 unter dem Einfluß der Guesdisten standen. Ausgenommen hiervon sind zwei bedeutungslose Kongresse der Positivisten, die nebenher liefen.

Der dritte französische Gewerkschaftskongress, der vom 28. Oktober bis 4. November 1888 in Vorbeaug und Vouzcat stattfand (der Kongress wechselte das Lokal, weil ihm in Vorbeaug das Aufheben vieler Fahnen von der Polizei verboten wurde), nahm folgende Resolution an, die, weil sie die erste ist und am deutlichsten die äkonomische Unklarheit zeigt, aus der heraus sie geboren wurde, vollständig wiedergegeben sei:

„In Erwägung, daß die Monopolisierung der Arbeitsmittel und des Kapitals in den Händen der Unternehmer diesen eine Macht verleiht, welche verringert wird durch die Macht, die durch die partiellen Streiks in die Hand der Arbeiter gegeben wird, daß das Kapital nichts ist, wenn es nicht durch die Arbeit in Bewegung gesetzt wird, daß also die Arbeiter mit einem Schlag die Macht ihrer Herren vernichten, wenn sie die Arbeit verweigern, in Erwägung, daß der partielle Streik nur ein Mittel der Agitation und Organisation sein kann, erklärt der Kongress:

Nur der Generalstreik, das heißt die vollständige Einstellung aller Arbeit, oder die Revolution kann die Arbeiter ihrer Beschränkung entgegensetzen.“

Ganz abgesehen von dem fundamentalen Widerspruch, der darin liegt, daß der partielle Streik erst die Macht in der Hand der Arbeiter vergrößert und die der Unternehmer verkleinert, während er nachher nur ein Mittel der Agitation und Organisation sein soll, zeigt die Resolution auch andere Unklarheiten, wie z. B. die hier ganz unangebrachte Scheidung in „Kapital“ und „Arbeitsmittel“. Die ganze Resolution schwört aber vollständig in der Luft, weil sie weder die Mittel noch die Voraussetzungen zum Generalstreik angibt, ein Fehler, den auch die Nachahmer von heute noch machen, wenn sie auch ihrer Agitation schon einen wissenschaftlichen Firnis zu geben wissen. Derselbe Kongress nahm aber auch schon jene antiparlamentarische Haltung ein, die wir heute noch bei den Anhängern dieser anarchistischen Generalstreikbände finden. Die betreffende Resolution lautet folgenden Wortlaut:

„In Erwägung, daß es den aufrichtigen Bürgern unmöglich ist, zu glauben, daß die Wiedernahme des Regimes mit Einwilligung der Bourgeoisie vollzogen werden kann, fordert der Kongress die Arbeiter auf, sich gänzlich zu trennen von den Nationalen, welche sie täuschen. — Ihre Gewerkschaften gründlich zu organisieren, die in sehr naher Zukunft einzig die große Armee der sozialen Revolution bilden wird, die uns das wiedergeben wird, was uns eigentlich gehört: den Boden, das Erdinnere und die Instrumente der Arbeit und Produktion.“

Wir haben also hier schon diese ganze neue „anarcho-sozialistische“ Richtung im Keime. Jedoch kann man dem Kongress von Vorbeaug zugute halten, daß ihm die praktische parlamentarische Erfahrung fehlte und somit diese in ihren Resultaten erkennbar war, bestand sie aus Entwürfen. Den Sozialisten war es damals noch nicht gelungen, trotz großer Anstrengungen, bei den Wahlen in die Abgeordnetenliste eigene Kandidaten durchzubringen. Die Sozialisten richteten sich eigentlich gegen die bürgerlichen und jene Elemente, die mit dem Sozialismus nur bei den Wahlen paradierten. Eine kritische Beleuchtung der Resolution kann man sich wohl erlauben. Sie spricht gegen sich selbst.

Die Gewerkschaftskongresse in Calais (1890) und Marseille (1893) wiederholten die Generalstreikbeschlüsse und gingen zum Teil noch darüber hinaus. So heißt es zum Schluß der Marseiller Resolution: . . . Die Gewerkschaften und Arbeitsbörden sind eingeladen, diese Prinzipien in den Arbeiterkreisen zu verbreiten und propagieren und eine besondere Organisation der französischen

Arbeiterklasse zu studieren und zu organisieren, um dem internationalen Kongress 1893 ein vollständiges Projekt des Universalstreiks zu unterbreiten . . .“

Man begnügte sich also nicht mehr mit dem Generalstreik eines Landes, sondern ging zum Universalstreik über. Im Grunde ist das nur eine ganz logische Fortsetzung, denn wenn der Generalstreik in einem Lande die Arbeiter „mit einem Schlag“ zur Herrschaft bringen kann, dann muß dies noch bedeutend leichter und sicherer sein mittels eines Universalstreiks, weil doch dann die Bourgeoisie eines Landes nicht der eines andern Landes zu Hilfe kommen kann. Der 1. Mai sollte als eine Generalprobe dieses Universalstreiks gelten. Man weiß ja, wie diese Proben bisher in Frankreich mit den schwachen Organisationen ausfielen.

Der Generalstreik wurde auf dem Internationalen Kongress in Zürich nicht verhandelt, die Guesdisten hatten nunmehr das Wahnsinnige des Projekts eingesehen und auf dem Kongress zu Lyon vom 25. bis 27. Juni 1894 kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen ihnen und den Verfechtern des Generalstreiks, die mit einem vollständigen Bruch endete. Der Generalstreik wurde im Prinzip mit 67 gegen 37 Stimmen, bei 9 Enthaltungen angenommen, worauf die Guesdisten das Lokal verließen und sich besonders konstituierten. Das war zweifellos ein schwerer Fehler. Seitdem herrscht in Frankreich in den Gewerkschaften das anarchistische Nurgewerkschaftertum, das den Generalstreik zum Ausgangspunkt der ganzen Bewegung hat.

Die Erfolge dieser Taktik zeigen sich recht deutlich. Während überall die Gewerkschaften riesige Fortschritte gemacht haben, stagnieren sie in Frankreich, und das ist ja auch nicht anders möglich. Wozu der aufreibende Kleinkrieg, wozu hohe Beiträge, wenn die Arbeiter „mit einem Schlag“ in den Besitz der Macht gelangen können? Man beginnt jetzt jedoch in französischen Gewerkschaftskreisen einzusehen, daß man mit dieser Taktik nicht weiter kommt, und man beginnt allmählich das Vorgehen der deutschen und englischen Gewerkschaften nachzuahmen. Man kann dies am besten an den Verhandlungen der letzten Kongresse verschiedener Gewerkschaften beobachten. Ungewöhnlich ist diese Taktik des anarchistischen Nurgewerkschaftertums in Frankreich im Aussterben, und jedenfalls hat sie abgewirksam. Merkwürdig genug ist es, zu sehen, daß jetzt in Deutschland versucht wird, ihr zu neuem Leben zu verhelfen.

Soziales.

S. Protest gegen den zehntägigen Arbeitstag. Dem „Konfessionär“, dem Organ der Textilindustriellen, wird von „sehr angelegener Seite“ geschrieben: „Es ist in jüngster Zeit durch die Presse die Mitteilung gegangen, daß die Industriellen in Augsburg sich an die Spitze der deutschen Textilindustrie zu stellen beabsichtigen, um eine Einigung dahingehend zu erstreben, ob es möglich ist, mit dem 1. Januar 1906 den zehntägigen Arbeitstag einzuführen mit entsprechender Lohnsteigerung, ja, die Augsburger Herren sollen sich in der in der in Stuttgart stattfindenden Versammlung süddeutscher Textilindustrieller dahin ausgesprochen haben, daß sie in dieser Sache für sich allein vorgehen würden, auch wenn die andern Vereinigungen der Textilindustriellen in Nord- und Süddeutschland eine ablehnende Haltung einnehmen sollten.“ Das Vorgehen der Augsburger Herren ist in zweifacher Hinsicht merkwürdig und sonderbar: sonderbar deshalb, weil dieses selbständige Vorgehen bei allen Mitgliedern Kopfschütteln und Bedenken erregt, die der Vereinigung angehören und über deren Schritte hinweg der Beschluß gefaßt wurde, und merkwürdig insofern, indem der Beschluß gerade in die Zeit fällt, in welcher die Textilindustriellen in Sachsen um ihre Existenz kämpfen (II). In Sachsen streifen die sich weit ab von Augsburg befinden, verheißt man die Handlungsweise der Augsburger Herren nicht, und man kann sich deren Vorgehen auch nur dadurch erklären, daß sie sich gegenüber irgendwelchen Verhältnissen oder gar Behörden zu weit verbindlich gemacht haben, Verbindlichkeiten, von denen ein Mitglied nicht mehr möglich ist.“

Die Industrielle, die sich weit von Augsburg befinden, verstehen die Handlungsweise der Augsburger Herren vielleicht besser, wenn sie erfahren, daß in der Augsburger Textilindustrie die Arbeiter nicht mehr länger zusehen wollen, wie die Unternehmer Mißgunst einbringen und die Arbeiter nach täglich eiskaltiger Arbeitszeit mit ungläubig geringen Löhnen nach Hause schicken, und wenn sie weiter erfahren, daß die Organisationen der Textil-

arbeiter in Augsburg in letzter Zeit ihre Mitgliederzahl vergrößert haben und daß dieselben weiter in raschem Tempo wachsen. Die Augsburger Herren haben sich also nach keiner Seite hin verbindlich gemacht, sondern sie tun mit der Einführung des zehntägigen Arbeitstages nur einen Schritt der Klugheit und geben „freiwillig“ jetzt, was ihnen in kurzer Zeit abgerungen werden könnte und dazu bei eventuell schwereren Verlusten! In der Tat haben die Augsburger Textilindustriellen bereits durch Fabrikanschläge die Einführung des zehntägigen Arbeitstages mit entsprechender „Lohnregulierung“ ab 1. Januar 1906 bekannt gemacht. Daß der Beschluß der Augsburger Textilindustriellen, dem sich nun auch die Textilindustriellen des ganzen Kreises Schwaben angegeschlossen haben, wieder aufgehoben wird dadurch, daß — wie der „Konfessionär“ sich weiter schreiben läßt — ein großer Teil Mitglieder der Textilvereinigung zum Teil direkt oder in geschlossenen Verbänden energigischen Protest eingelegt haben, ist kaum anzunehmen, denn das wäre eine direkte Herausforderung der Arbeiterklasse und Dämonisierung der öffentlichen Meinung, wie sie sich größer nicht denken läßt.

Der „Konfessionär“ teilt ferner mit, daß sich der größte Teil der württembergischen und badischen Textilindustriellen zu den Vorschlägen ihrer bayrischen Kollegen ablehnend verhalten mit der Begründung, daß die Löhne in Württemberg, Baden und Elsaß schon seit langen Jahren bedeutend höher seien als in Bayern, dann wird indirekt zugegeben, daß die wirtschaftliche Lage der Textilarbeiter ebenso schlecht ist, als die der Landwirtschaftlichen Arbeiter — und diese ist mehr als miserabel — und es könne auch deshalb den Textilarbeitern keine Besserung ihrer Verhältnisse zugestanden werden, denn dann bekämen — die Kleinen Bauern überhaupt keine Arbeitskräfte mehr!

Nun, die Textilarbeiter wissen die Liebe der Textilbarone zu den kleinen Bauern zu schätzen, sie lassen aber nicht nach, bis der zehntägige Arbeitstag für die Textilindustrie zur Lausache wird!

Verbandstag deutscher Gewerbegerichte.

hd. Würzburg, 18. September.

Im festlich dekorierten „Schwanenjaal“ begann heute die Verbandssammlung des Verbandes deutscher Gewerbegerichte unter Teilnahme der Kaufmannsgerichte. Der Geschäftsführer des Verbandes Dr. Fleischer-Frankfurt a. M. widmete dem kürzlich verstorbenen Vorsitzenden des Verbandes Oberbürgermeister Dr. Gahner-Mainz einen warmen Nachruf. Die Versammelten gedachten des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Den 1. Punkt bildet die Rechnungslegung des Geschäftsführers. Die Kasse weist ein Defizit von 2800 Mk. auf. Eine Verminderung der Ausgaben wird sich im nächsten Jahr ergeben durch den Fortfall des Zuschusses der bisher an die Verlagsbuchhandlung der Zeitschrift „Das Gewerbegericht“ geleistet werden mußte. Außerdem ist im nächsten Jahr eine Einnahme von 6000 Mk. an Mitgliederbeiträgen zu erwarten.

Dem Geschäftsbericht über die Tätigkeit des Verbandes ist zu entnehmen, daß im Jahre 1903 215, 1904 222 und zurzeit 230 Gewerbegerichte dem Verbandsverbande angeschlossen sind. Die Schaffung der Kaufmannsgerichte hat eine wesentliche Steigerung der Mitgliederzahl nicht gebracht, da zu Vorsitzenden der Kaufmannsgerichte zumeist die Vorsitzenden der Gewerbegerichte bestimmt wurden.

Die bisherigen Ausschussmitglieder wurden mit Ausnahme des Senator Fink-Hannover, an dessen Stelle Senator Dr. Grote-Hannover trat, wiedergewählt.

Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 240 Teilnehmern. Eine lebhafte Debatte knüpfte sich an den Punkt „Aenderung der Satzungen infolge des Zutritts der Kaufmannsgerichte zum Verband“. Der Ausschuss hatte vorgeschlagen, dem Verband zukünftig den Namen „Verband deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte“ zu geben, die bisherigen Satzungen bis zum nächsten Verbandstag bestehen zu lassen und den Ausschuss mit der reaktionellen Aenderung der Satzungen zu beauftragen.

Wulff-Altona (stellvertretender Vorsitzender des Altonaer Gewerbegerichts) vertrat den bekannten Rufus des Kaufmannsgerichts Altona, in dem zur Gründung eines Verbandes deutscher Kaufmannsgerichte aufgefordert wird.

Die Vorträge des Ausschusses wurden nach langer Diskussion einstimmig angenommen.

Dr. Frenner-München gab eine kurze Darstellung der geschichtlichen Entwicklung des Arbeitsvertrags und im Anschluß daran eine umfassende Aufzählung der seit dem letzten Verbandstag auf dem Gebiet des Arbeitsvertrags geschaffenen Gesetze und Verordnungen.

Als nächster Punkt stand die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstag auf der Tagesordnung. Dr. Vanus-Berlin, Archivar des Verbandes, unterzog die zahlreichen Neuerungen auf diesem Gebiete einer kurzen Besprechung. Das Stadtsagenische „Arbeiterrecht“ ist eines der

Die Stiefel.

Der Kaiser Diabolo.

Der Klavierspieler Murkin, ein glanzvoller Mann mit einem Gesicht, Schokolade und Wachs in den Ohren, trat aus einem Zimmer in den Korridor und rief mit glänzender Stimme: „O Sjerman! Sjerman!“

Das Zimmer erstrahlte im Glanz der Kerzen. Murkin trat ein, schloß die Tür und trat in den Korridor. Er sah seinen einäugigen Blick auf ihn gerichtet sein.

„Guten Abend, Sjerman!“ rief er dem ihm entgegenkommenden Sjerman zu. „Was ist das für ein glanzvoller Mensch, wie er sich anseht! Und du sprichst mich an! Warum bringst du mir nicht meine Stiefel?“

Sjerman trat in Murkins Zimmer. Er sah auf den Blick, daß er genötigt war, genötigt zu werden, die Stiefel zu tragen, und sagte zu Murkin: „Die Stiefel tragen nicht zu können.“

„Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman.

„Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman.

„Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman.

„Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman.

„Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman.

„Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman.

„Guten Abend, Sjerman!“ rief er dem ihm entgegenkommenden Sjerman zu. „Was ist das für ein glanzvoller Mensch, wie er sich anseht! Und du sprichst mich an! Warum bringst du mir nicht meine Stiefel?“

Sjerman trat in Murkins Zimmer. Er sah auf den Blick, daß er genötigt war, genötigt zu werden, die Stiefel zu tragen, und sagte zu Murkin: „Die Stiefel tragen nicht zu können.“

„Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman.

„Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman.

„Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman.

„Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman.

„Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman.

„Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman.

„Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman.

„Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman.

„Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman. „Woher die Stiefel?“ fragte langsam Sjerman.

Er ist schon vor einer Stunde fort . . . Soll ich den Wind auf dem Felde suchen?“

„Wo wohnt er?“

„Wer weiß es! Jeden Dienstag kommt er her, wo er aber wohnt — wissen wir nicht. Er kommt, übernachtet und dann kann man bis zum nächsten Dienstag auf ihn warten . . .“

„Sichst du, du Schwein, was du angestrichelt hast! Was soll ich jetzt anfangen? Ich muß ja schon zur Generalin Schewelthin gehen. Du verdammter Kerl! Meine Füße sind schon ganz erfroren!“

„Sie könnten ja die Stiefel umtauschen. Ziehen Sie jetzt diese Stiefel an, tragen Sie sie bis zum Abend, dann gehen Sie ins Theater . . . Dort werden Sie nach dem Schauspielers-Distanz fragen . . . Wenn Sie aber ins Theater nicht gehen wollen, so müssen Sie bis zum nächsten Dienstag warten. Er kommt nur an Dienstagen her . . .“

„Warum aber sind es zwei linke Stiefel?“ fragte der Klavierspieler, mit Gelächern die Stiefel in die Hand nehmend.

„Er trägt was immer für Schuwerk . . . Aus Armut . . .“

„Wo sollte ein Schauspielers gute Stiefel bekommen? . . . Ich sagte ihm: Es ist eine Schande, solche Stiefel zu tragen. Pawel Andrejtsch! Eine reine Schande! Er aber antwortete mir: Schmeiße und verbringe dich! In diesen Stiefeln gehe ich Gras an und Kürbis! — Ein sonderbares Volk, diese Künstler! Wäre ich Gouverneur oder Kommandant, ich setze alle diese Schauspielers ins Gefängnis!“

Nachdem er und brummend zog Murkin beide linke Stiefel an und legte sich hinstellend zur Generalin Schewelthin. Den ganzen Tag mußte er durch die Stadt wandern, Klavierspieler, und es schien ihm, als würde ein jeder auf seine geflickten Stiefel mit den ausgezerrten Abhängen! Zu seinen moralischen Qualen gesellte sich noch ein physischer Schmerz: er hatte sich Hühneraugen aufgeschrien.

Abends ging er ins Theater. Man gab „Hanswurst“. Erst vor dem letzten Aufzug gelang es ihm, dank den Bemühungen eines ihm bekannten Hühners, hinter die Kulissen zu kommen.

Delegierten geschilbert und schließlich erklärt wird: „Bis jetzt hat der Parteitag das Interesse der Zener wie überhaupt der deutschen Reichsbürger noch nicht in hohem Maße anzuzuregen vermocht.“

Anders urteilt aber der Berichterstatter über die Verhandlungen des Parteitages, der seinen gestrigen Bericht mit folgenden Worten einleitet:

Der Besuch des Parteitages ist überaus reger, da es sich auch die bürgerlichen Kreise Zenas nicht nehmen lassen, gegen eine Eintrittsgebühr von 50 Pfg. den Verhandlungen beizuwohnen und damit die sozialdemokratische Parteifläche unendlich vergrößert zu haben. Jedenfalls wäre ein Fernbleiben der Nichtsozialisten vom Parteitage besser als die antisozialistische Umdeutung, die Schalten des sozialistischen Triumphzuges auf dem Karl-Beth-Platz vor dem Volkshaus mit Salzsäure zu begießen und die Dekoration mit einem Messer zu zerhacken, wie es in einer der letzten Nächte geschah.

Die Herrschaften, welche sich das zweifelhaft Vergnügen leisten, den Genuß, den ihnen der Morgenkaffee bereitet, durch die Lektüre der „Magdeburgischen Zeitung“ zu erhöhen, können sich unter diesen beiden Lesarten diejenige herausuchen, die ihnen am meisten gefällt. So verdirbt es das Weltblatt mit keinem.

— Dürfen Richter von Gewerbegerichten den Parteien Rat erteilen? Das Landgericht Kiel hat am 3. Februar den Schriftführer Eduard Weber von der Anklage des Vergehens aus § 21,3 des Gesetzes vom 29. Juli 1890 freigesprochen. Er hatte entgegen einer Verordnung des Oberpräsidenten sich öffentlich zur Unterstützung in Gewerbeerleidungen bereit erklärt, um eine gerichtliche Entscheidung darüber herbeizuführen, ob das Verlangen des Oberpräsidenten gerechtfertigt ist. — Die Revision des Staatsanwalts gegen das freisprechende Urteil wurde vom Reichsgericht verworfen. Es ist nicht unzulässig, wenn ein Gewerbegerichtsrichter Rat erteilt, einseitig wie es unzulässig ist, daß ein Schöffe als Rechtsanwält Rat erteilt oder ein Staatsanwalt einen guten Freund vor Gericht verteidigt.

— Die Karten zu dem Raube-Vortrage, der am 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Luisenpark“ stattfindet, sind allen in Frage kommenden Stellen zugesandt worden. Bei etwaigen weiterem Bedürfnis wende man sich an das Arbeitersekretariat. Gegenwärtig hält Herr Raube in einer Anzahl Städte der Provinz Sachsen Vorträge, die lebhaften Beifall finden. Mögen die Genossen noch tüchtig agitieren, damit eine recht große Zahl Nutzen aus dem Vortrag zieht.

— Zum Ausstand bei Mundlos u. Co. Von seiten der Herren vom Gewerbeverein wird das Märchen verbreitet, die Ausständigen hätten gar keine Ursache zu dieser Bewegung, da dort 36 Mark verdient würden. Nebenbei äußern sich die Herren Firmeninhaber in dem den Arbeitern am 9. d. M. zugestellten Schreiben, und zwar wörtlich: „Es wird in Magdeburg sehr wenige Tischlerereien geben, die einen gleichen Lohn zahlen.“ — Derjenige, der diesen Brief geschrieben, verwechselt die Begriffe, denn Lohn und Verdienst ist ungleiches. Ein himmelweiter Unterschied. Sollte aber der Schreiber wirklich Lohn gemeint haben, so hat er allerdings recht: derartige Löhne, wie Mundlos u. Co. zahlen, nämlich 30 Pfg. pro Stunde, zahlt heute nicht ein einziger Kleinmeister mehr. Sollte aber mit obigem Satz der angeblich hohe Verdienst gemeint sein, so befindet sich auch hier der betreffende Schreiber auf dem Holzwege. Laut Tarifabschluß beträgt der Lohn, wofür der Stundenlohn 45 1/2 Pfg. im Durchschnitt in den Magdeburger Tischlerereien und Drechslereien, und sogar auch für Maschinenarbeiter, was allerdings ein großer Teil der Herren Vorgesetzten in den Fabriken nicht begreift. In der Fabrik von Mundlos u. Co. beträgt der große, angeblich kaum wo anders zu erzielende Durchschnittsverdienst 46,8 Pfg. im Aktord! Das ist der Verdienst bei Mundlos u. Co. nach der, den Arbeitern von der Fabrikleitung schriftlich zugestellten Aufstellung der in Frage kommenden 31 Arbeiter. Wenn die Fabrikleitung dann ferner in dem Schreiben sagt: „Es beweist, daß wir in unserer Tischlerei einen auskömmlichen Lohn zahlen (wie hoch der Lohn ist, siehe oben) und daß auch die Arbeitslose ausreichend sind“, so wären wir wahrhaftig neugierig, wie die Herren hiermit auskommen würden, ja die leicht ist auch Herr Wendt so liebenswürdig, bei der Fleischdebatte im Rathaus einen Speisegettel zu präsentieren, wonit der anständigliche Verdienst bewiesen wird. Bei diesem „auskömmlichen“ Verdienst, der dort erzielt wird bei angeltengster Tätigkeit — nebenbei bemerkt sind nicht mehr wie vier Mann von diesen heiden in Frage kommenden Regionen reich für die Lungenheilpflanze — ist es ja zu verstehen, wenn sich ein großer Andrang von Arbeitkräften bei obiger Fabrik bemerkbar macht. Auch daß die Herren vom Gewerbeverein diese Fleischdebatte nicht im Stich lassen, nimmt nicht wunder nach der bisher besetzten Taktik. Hüter des fischgebliebenen Gewerbevereins haben sich ein paar Arbeitswillige von außerhalb eingefunden, alte Bekannte der Magdeburger Holzarbeiter, auf die die Firma aber nicht stolz zu sein braucht. Daß die Firma mit demartigen Elementen in der Lage wäre, für die Zukunft ihren alten Ruf aufrecht zu erhalten zu können, möchten wir bezweifeln. Wie die Herren Mundlos u. Co. selbst auf ihren Reskripten erklären, basiert der gute Stand der Fabrik auf einem eingearbeiteten, geschulten Personal. Die wünschenswerten Verbesserungen, welche gewünscht werden, sollen auch wiederum dazu dienen, den Gesundheitszustand zu heben und dadurch natürlich auch die Leistungsfähigkeit der Arbeiter zu erhöhen. Hier- von würde selbstverständlich die Firma einen eminenten Vorteil haben, indem sie mit besserem Material auf dem Markt erscheinen könnte. Die Ausständigen werden also in aller Ruhe warten, bis diese bessere Gesichtspunkte gezeigert hat. Solidarisches Verhalten aller Arbeiter ist Ehrensache!

— Magdeburgs Gausstiere. Bei der Viehzählung am 1. Dezember 1904 wurde festgestellt, daß sich in Magdeburg 4788 Pferde, 727 Stück Rindvieh, 1723 Schafe, 3092 Schweine und 607 Ziegen befanden. Die Militärpferde und die Tiere im Schlachthof sind in diesen Zahlen mit eingerechnet. Unter den 727 Stück Rindvieh befanden sich 555 Kühe zur Milchherzeugung, deren Produktion täglich auf etwa 5550 Liter zu schätzen sein würde. Auf 59000 Liter ist aber der tägliche Milchverbrauch der Stadt zu berechnen, der zum allergrößten Teil also durch Milchensuhr aus der näheren Umgebung befriedigt werden dürfte.

— Von der Strafe. Mittwoch abend gegen 6 Uhr ließ der dem Grundstück Haberstraße 13 der Straßendampfwagen 119 mit einem mit vollem Zeerfahren beladenen Vollwagen zusammen. Der Führer des in voller Fahrt befindlichen Motorwagens bemerkte den aus einer Lohndacht herankommenden Vollwagen zu spät; er konnte keinen Wagen mehr halten und fuhr von hinten gegen den Vollwagen, von dem einige Fahrer auf die Strafe rollten. Der schwarze Jagd ergoß sich auf das Pflaster. Einige Arbeiter hatten die wenig angenehme Aufgabe, den Teer von der Straße in ein anderes Faß zu schaufeln. Der Vorderperson des Motorwagens wurde bei dem Zusammenstoß vollständig bis an die Glasklar eingedrückt.

— Eine Rostzeit. Der Fleischerkochung, von dem wir gestern berichteten, er habe sich eine bedeutende Stichwunde zugezogen, wurde in Mitleidenschaft von einem Schellen gezogen, weil er nicht schnell genug ein Gefäß zur Stelle schaffte. Der Fall wird die Gerichte beschäftigen. Zu sagen ist noch, daß auch diesmal wieder der Sanitätswagen die

Beförderung des Verletzten nicht übernehmen wollte, bevor die Rechnung von 4,50 Mark bezahlt war.

— Gestohlen wurde am Dienstag nachmittag im Durchgang zum Neuen Fischmarkt ein einer Handelsfrau gehörender braun- gestrichener Kinderwagen, auf dem sich ein Sack mit Lumpen befand.

— Vermiss wird seit 14. September der Kellner Wilhelm Parleben, der am Mittag dieses Tages einen Spaziergang unternahm, von dem er nicht zurückkehrte. Da W. seine sämtlichen Sachen sowie sein erspartes Geld zurückgelassen hat, wird angenommen, daß ihm ein Unfall zugefallen ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er bei einer Gondelfahrt verunglückt ist. W. ist 17 Jahre alt, von kleiner Gestalt, hat graue Augen, dunkelblondes Haar und trägt schwarzen Hut und dunklen Jacketanzug. Die auswärtig wohnenden Eltern bitten um Nachricht an den Wirt der „Kaiserhalle“, falls ihr Sohn gefunden werden sollte.

— Einen Selbstmordversuch unternahm Mittwoch nachmittag die 34jährige unverheiratete Schneiderin Marie V., indem sie sich die Pulsader der linken Hand durchschnitt. Die Verletzte fand Aufnahme im Krankenhaus Albstadt.

— Geschossen hat sich am Mittwoch nachmittag in der Wohnung seiner Eltern hier, Ulrichstraße, der 20jährige Student Richard H., der in Marburg immatrikuliert war. Die Kugel drang in den Kopf. Der Unglückliche starb kurz nach seiner Entlassung in die Krankenanstalt Albstadt.

— Feuer. Im Hause Braunehirschstraße 1c entstand Mittwoch abend gegen 1/8 Uhr ein Schornsteinbrand. Durch Feuerheine war der Schornstein dank vor verstopft, daß er an drei Stellen durch die Feuerwehr aufgestemmt werden mußte.

— Die praktischen Meisterkurse, welche die Handwerkskammer unter Unterstützung des Magistrats veranstaltet, um das Handwerk wieder auf einen grünen Zweig zu bringen, nehmen am 1. Januar in Magdeburg ihren Anfang. Die Handwerkskammer macht dazu bekannt: Diese Kurse zur Ergänzung der theoretischen, in welchen nur Buchführung gelehrt wird, bezwecken die Ausbildung von Handwerksmeistern oder älteren Gesellen in dem Gebrauch und der Handhabung von Kleinmotoren, Hilfsmaschinen usw., soweit solche in Kleinbetrieben Verwendung finden. Es sind zunächst Kurse für Schneider und Schuhmacher geplant und werden (1. Stül. D. Neb.) die ersten eine Zeit von acht Wochen in Anspruch nehmen. Hierzu wird bemerkt, daß den Teilnehmern Stipendien in Höhe von 75-200 Mark, je nach der Bedürftigkeit, bewilligt werden können. Der Vorstand der Kammer richtet an die Mitglieder des Kammerbezirks, die geneigt sind, an den Kursen teilzunehmen, die Aufforderung, sich baldigst bei der Kammer oder beim hiesigen Magistrat zu melden, sowie etwaige Ansprüche auf Gewährung eines Stipendiums, unter Beifügung eines ev. Bedürftigkeitsnachweises geltend zu machen.

— Im Circus Schumann jesseln die sportlichen und sonstigen Darbietungen allabendlich des zahlreich erscheinende Publikum. Heute, Donnerstag, abend findet eine große Sportvorstellung statt.

Kleine Chronik.

Die Cholera.

Vom 19. bis 20. September mittags sind im preussischen Staat sechs Choleraverdächtige Erkrankungen und ein Todesfall an Cholera amtlich neu gemeldet worden, davon drei im Kreise Birsig (ein Arbeiter und dessen Sohn), je eine in den Kreisen Magilno (Arbeiterfrau), Filshne (Hofbesitzer), Landkreis Breslau (Dannarbeiter an der Oder). Die Gesamtzahl der Cholerafälle beträgt bis jetzt 213 Erkrankungen, von denen 75 tödlich endigten.

Eine merkwürdige Todesursache.

Der Banunternehmer Flojchette in Leubeling in Ingelburg verschluckte beim Trinken von Bier eine Hornisse. Das Insekt nach ihm in die Luftröhre; nach einer halben Stunde verstarb der Unglückliche an den Folgen des Stiches.

Eine vierzehnjährige Kindesmörderin freigesprochen.

Eine Kindesmordaffäre, die sich in Hamburg abspielte und feinerzeit durch die äußeren Umstände auffallen erregte, hat am Mittwoch ihren Abschluß gefunden. Eine junge 14-jährige Mutter, Luise Mann aus Hamburg, hatte sich wegen Kindesmordes vor dem Landgericht zu verantworten. Luise Mann, noch Schülerin, war von einem Kinde entbunden worden. Die Sektion der in einem Hausflur aufgefundenen und in Papier eingewickelten Leiche ergab als Todesursache Erdrückung. Die Schülerin wurde verurteilt. Vor Gericht gab sie an, sie habe geglaubt, das Kind sei totgeboren. Das Gericht schenkte ihr Glauben und sprach sie frei. Der Freispruch des bedauernswerten Mädchens wurde im Publikum mit großer Beifriedigung aufgenommen. Der Verurteilter wurde feinerzeit zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Ein Ehedrama.

Gestern erschof in Kleitbach bei Esfurt der jungverheiratete Schwiegerjahn des Schmiedemeisters Metten seine Frau. Hierauf besag der Mörder Selbstmord durch Erhängen. Der Grund der Tat sollt Familienzwiste sein.

Ruhfrat als Sachverständiger im Pokern!

In einem Strafverfahren wegen Duldung von „Pokern“, das sich gegen den Casierer Forner in München richtete, hatte, wie wir bereits meldeten, der Beschuldigte durch seinen Rechtsbeistand den odenbürgischen Justizminister Ruhfrat als Sachverständigen in Vorlicht bringen lassen. Die dem Antrag ist jetzt seitens des Gerichts insofern stattgegeben worden, als der Minister kommissarisch vernommen werden soll. In der Sache selbst steht bereits in dieser Woche Verhandlungstermin vor den Münchner Gerichten an.

Letzte Nachrichten.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Privat-Telegramm der „Volkstimme“.)

G. Zena, 21. September, 1 Uhr 10 Min. nachm.

Es ist ein Antrag eingegangen, daß künftig Kompromisse bei Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen unzulässig sein sollen.

Die Diskussion über die Maifeier beginnt. Präse-Berlin ist für die Maifeier und gegen die Haltung einiger Gewerkschaften. Bebel hätte in Dresden mit seinem Hinweis auf die geköbete Lebensstellung, in der sich der revolutionäre Geist abschwächt, recht gehabt. Krüger-Dresden spricht in ähnlichem Sinn.

Robert Schmidt-Berlin erhält eine Stunde Redezeit. Er stützt die Streikfrage bis zum nächsten internationalen Kongress zu vertragen. Selbstverständlich dürfte keine Kraftprobe erfolgen; die Frage könne nur im Einverständnis mit der Partei gelöst werden. Der Geldsentel spielt in den Gewerkschaften gewiß eine größere Rolle als in der Partei, aber ideale Begeisterung und Opferwilligkeit seien in den Gewerkschaften auch vorhanden. Bei aufsteigender Konjunktur schadet die Vertretung an der Maifeier nichts, in Zeiten einer wirtschaftlichen Depression wird sich aber ein Rückschlag zeigen. Hüllers Vorwürfe, daß in den Gewerkschaften sich zünftliche Reigungen zeigen, seien abertrieben. Es handle sich vielmehr um wesentliche wirtschaftliche Arbeiterinteressen, die dort verfolgten würden. Die Gewerkschaften hätten ihren Beamten nie die politische Betätigung verboten, auch die Betriebsarbeiter nicht. Die Kritik, die ein Teil der Parteipresse an den

Gewerkschaften habe, sei unverantwortlich; künftig müsse das unterbleiben, wenn nicht wirklich ernste Differenzen entstehen sollen. Redner polemisiert hierauf gegen Kautsky und die „Neue Zeit“, stößt hier aber auf Widerpruch.

Frau Sieb-Hamburg ist empört über die verächtlichen Äußerungen Schmidts über die „Neue Zeit“, die Verachtung gegen die ganze sozialistische Theorie atmeten. Die Maifeier nehme an Ausdehnung zu und hätte noch größere Ausdehnung gefunden, wenn nicht die Gewerkschaften gebremst hätten. (Beifälliger Beifall.)

Häufig-Dortmund polemisiert ebenfalls gegen Schmidt. Er tritt für die Aufhebung der Neutralität der Gewerkschaften ein.

Liebert-Berlin fordert eine organisierte Verständigung zwischen der Partei und den Gewerkschaften, um die Gegensätze zwischen ihnen auszugleichen. Die Neutralität müsse fallen. Bebel habe in der Frage der Neutralität der Gewerkschaften nicht die Majorität der Partei hinter sich.

Kriterium-München, Lafrup-Bielefeld, Schuhmacher-Stuttgart sprechen für eine stärkere Maifeier, unter Ausfällen gegen die fremden Gewerkschaften. Wuschik befreitet, daß die Gewerkschaften die politische Betätigung ihrer Beamten nicht wünschen oder gar verbieten.

Die Fleischnot.

* Bremen, 21. September. Die Bürgerschaft verhandelte gestern eingehend über die Fleischnot und nahm mit allen gegen wenige Stimmen der Landwirte einen Antrag an, den Senat aufzufordern, er möge beim Bundesrat darauf hinwirken, daß die Vieheinfuhr überall dorthin zulässig sei, wo geeignete Schlachthofkontrollen beständen.

* Herne bei Bochum, 20. September. Die Stadtverordneten-Sitzung beschäftigte sich auch mit den hohen Fleischpreisen, unter denen die hiesige, in der überwiegenden Mehrzahl aus Arbeitern bestehende Bevölkerung schwer zu leiden hat. Sind doch auch hier die Schweinefleischpreise von 65 bis 70 Pfg. im Vorjahre auf 80 bis 90 Pfg. für das Pfund gestiegen. Die Verammlung beauftragte den ersten Bürgermeister, beim Landwirtschaftsminister und dem Bundesrat wegen Öffnung der Grenzen vorstellig zu werden. Der erste Bürgermeister wurde auch ermächtigt, allen vom preussischen oder deutschen Stadtag eventuell zu fassenden Beschlüssen zuzustimmen.

Die russische Revolution.

* Riga, 20. September. In der vergangenen Nacht wurden zwei politische Verbrecher, die eine Rolle als Führer gespielt haben, aus dem hiesigen Zentralgefängnis gewaltsam befreit, dabei wurden zwei Wächter und ein Schutzmann getötet und mehrere Polizeibeamte verwundet. Zwei an der Befreiung beteiligte Personen wurden verhaftet.

* Petersburg, 20. September. In Wlaska wurde gestern nacht ein Chef der Genbrarmarie Alexandrow in dem Moment als er das Verwaltungsgebäude verließ, ein Revolverattentat verübt. Alexandrow wurde tödlich verwundet. Der Attentäter entkam.

Hd. Petersburg, 21. September. In der nächsten Woche wird die „Wahlkampagne“ beginnen. U. a. wird in Moskau eine Verammlung der Semstwo stattfinden, an welcher sich Delegierte aller Nationalitäten beteiligen werden.

Hd. Petersburg, 21. September. Bei der gestrigen Feier des 200jährigen Jubiläums des Petersburger Staatsgymnasiums veranstalteten die Schüler, als die russische Nationalhymne gesungen werden sollte, eine regierungsfreundliche Demonstration.

Hd. Petersburg, 21. September. Der Jar droht den Belagerungsstand über ganz Finland zu verhängen, falls die politischen Morde noch fortbauern. Diese Haltung des Jaren verstimmt noch die bereits sehr gespannte Lage und vermehrt die Unzufriedenheit unter der finnländischen Bevölkerung, die wegen Nichtachtung der finnländischen Verfassung durch den Jaren und die Regierungsbehörden in höchstem Grade erregt ist.

Hd. Petersburg, 21. September. Der Ministerrat beschloß am 9. d. M., die der hiesigen Universität verleihe Autonomie auch auf die übrigen Hochschulen Russlands auszudehnen. Ebenso wurde beschlossen, die Versammlungsfreiheit insoweit zu gewähren, daß politische Versammlungen abgehalten werden dürfen, wenn innerhalb dreier Tage nach erfolgter Anzeige und Mitteilung des Programms kein Verbot erfolgt. (Erlaßt ist nach wie vor, was nicht verboten wird. Und verboten wird alles! Red.)

Hd. Warschau, 21. September. In einer Verammlung polnischer Studenten wurde beschlossen, die Universität in Warschau sowie das Polytechnikum auch weiterhin zu boykottieren.

Hd. Krakau, 21. September. Der sozialistische Reichsratsabgeordnete Daszynski hat sowohl beim Statthalter als auch beim Ministerpräsidenten telegraphisch gegen die Auslieferung des verhafteten russischen Deserteurs Zwinski Protest erhoben.

* Zena, 21. September. Einige nationale Studenten haben sich eine Anklage des sozialdemokratischen Parteitages gehandelt. Der „Frank. Jg.“ wird berichtet: „Der Studentenhumor hat sich auch an den hier stattfindenden sozialdemokratischen Parteitag herangemacht. Vor der alten Ratzeile am Markt sah man heute einen Drump-Madamer sitzen, deren Gürtler mit blurigenen Ballonmützen bedeckt waren. Eifrig lannegischernd tranken sie ihren Schoppen Wein und freuten sich, daß ihnen von den Passanten die gerühmte Aufmerksamkeit geschenkt wurde.“ Das „demokratische“ Blatt findet kein Wort der Kritik für diesen Epischer „Humor“.

* Graudenz, 21. September. Die Strafkammer verurteilte gestern nach fünfständiger Verhandlung den Druderedakteur, Reichstagsabgeordneten Wiktor Kulerski wegen Preisvergehens („Anreizung zum Klassenhaß“ durch einen von ihm verfassten, in der „Gazeta Gudyadyska“ veröffentlichten Artikel) zu zwei Monaten Gefängnis und Deagung sämtlicher Kosten des Verfahrens.

* Kaystadt, 20. September. Von englischer Seite wird amtlich bekannt gemacht: Während der Verfolgung Wikboois durch General von Trotha entkam Wikbooi den vereinigten Abteilungen und griff einen laugen deutschen Konvoi in der Nacht bei Keetmanshoop an. Die Begleitmannschaft wurde überfallen und fast völlig niedergemacht. In die Hände des Feindes fielen 1000 Stück Vieh, 122 Wagen, darunter einige mit Munition beladen, und eine Anzahl Gewehre. — In Berlin liegt — wie das „W. T. W.“ hinzuffügt — eine Behauptung dieser Meldung nicht vor, wonit nichts gegen ihre Richtigkeit bewiesen ist.

* New-York, 21. September. Ansehend steht man wieder am Vorabend eines Jeffersons Freitags der amerikanischen Kohlengräber. Es handelt sich dabei um 150000 bis 200000 Hartkohlengräber, die 1902 durch einen herkömmlichen Zustand eine Reduktion der Arbeitszeit auf 9 Stunden und fünf der geforderten Lohnherhöhung von 25 Proz. innerhalb eine solche von 10 Proz. durchsetzen. Jetzt verlangen sie keine Lohnherhöhung, sondern den Achtstunden tag unter endlicher Anerkennung ihrer Union seitens des Truhs.

Hd. Christiania, 21. September. Auf Befehl des kommandierenden Generals wurden gestern alle Truppen der Grenzwache zurückgezogen auf mindestens 1 Kilometer Abstand von der Grenze. Derselbe Maßnahme wurde von seinen Schwedens getroffen. Die Nachrichten aus Karlstad werden jetzt hier mit vollkommener Ruhe abgemacht.

